

# Steuerzahler von morgen

Von Bruno S. Frey — In der Schweiz ist die Steuermoral hoch wie nirgends sonst. Direkte Demokratie und Föderalismus sind die beste Medizin gegen den Steuer-Koller. Ein Vorbild für andere Nationen.



Verschwenderrisch: Die italienische Polizei fährt Lamborghini.

Von «freiwilligen Steuern» zu reden, scheint völlig abwegig. Wer ist nicht verärgert, wenn er die Steuern bezahlen muss? Steuern sind die klassische Zwangsabgabe. Von jeher haben Staaten ihre Einwohner unter Androhung von Strafe gezwungen, zur Finanzierung ihrer Aufgaben einen Beitrag zu leisten. Die Vorstellung ist, dass niemand dazu einen Beitrag liefern würde, weil er oder sie ja ohnehin von der staatlichen Aktivität profitieren könnte. Selbst wer keine Steuern zahlt, wird durch die Landesverteidigung gegen fremde Invasoren geschützt oder wird bei Bedürftigkeit durch den Sozialstaat aufgefangen. Bei vielen Staatsaufgaben handelt es sich um «öffentliche Güter», die von jedem benützt werden können, auch wenn er keinen Beitrag zu deren Erstellung leistet. Daraus wird gefolgert, niemand würde Steuern bezahlen, sondern jeder würde Steuern hinterziehen – ausser man wird dazu gezwungen.

Diese Betrachtung hat viel Richtiges. Ohne Kontrolle und Zwang würde in der Tat der Staat zusammenbrechen, und wir alle wären schlechter dran. Lange Zeit hindurch hat die ökonomische Forschung diese Vorstellung als allein richtige angesehen. Auf dieser Grundlage wurden viele Studien unternommen, die das Ausmass an bezahlten Steuern oder, umgekehrt, das Ausmass an Steuerhinterziehung erklären soll-

ten. Der wesentliche Faktor ist dabei die erwartete Strafe. Sie setzt sich zusammen aus der Wahrscheinlichkeit, bei einer Steuerhinterziehung erwischt zu werden, und der Höhe der darauf folgenden Strafe. Eine nur am eigenen Wohl interessierte Person überlegt, welche Strafe sie gewärtigen muss, wenn sie Steuern hinterzieht, und wird entsprechend handeln.

## Bereit, dem Staat mehr Geld zu geben

Bei empirischen Forschungen hat sich zur grossen Überraschung gezeigt, dass die Höhe der erwarteten Strafe die in einem Land bezahlte Steuersumme nicht hinreichend erklären kann. Handelten die Personen völlig eigennützig, würden sie weniger Steuern entrichten, denn die Gefahr, erwischt und bestraft zu werden, ist in vielen Ländern nicht sehr gross.

Steuern nur als Zwangsabgabe anzusehen, die man nur bezahlt, weil man sonst bestraft würde, ist somit verfehlt. Bei einer solchen Betrachtung fehlt eine wichtige Komponente, die Steuermoral. Auch wenn es im ersten Moment naiv erscheint, zeigt die empirische Forschung doch überzeugend, dass die Steuerzahlenden nicht nur eigennützig handeln, sondern in einem bestimmten Ausmass auch das Allgemeinwohl berücksichtigen. Sie sind bereit, dem Staat mehr Geld zu geben, als sie aufgrund der Strafandrohung müssten. Die

Steuermoral hängt wesentlich davon ab, wie sinnvoll die Bürgerinnen und Bürger die Verwendung der Mittel durch den Staat finden.

In dieser Hinsicht gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern. In Italien beispielsweise ist die Steuermoral gering, wenn sie überhaupt existiert. Die Betroffenen sehen ja jeden Tag, wie ein grosser Teil der Steuermittel in trübe Kanäle fliesst, durch Schlendrian und Bürokratie aufgefressen oder für Prestigeprojekte verschleudert wird. Nicht überraschend grassiert in Italien die Steuerhinterziehung.

Die Schweiz bietet ein extremes Gegenbeispiel; nach unseren empirischen Forschungen ist die Steuermoral hoch. Die Bürgerinnen und Bürger haben infolge direktdemokratischer Institutionen die Möglichkeit, in einem gewissen Ausmass selbst zu bestimmen, wozu ihre Steuerbeiträge verwendet werden. Ebenso wichtig ist der Föderalismus. Viele Steuern und Staatsausgaben werden in den Gemeinden und Kantonen festgelegt. Auf dieser Ebene haben die Betroffenen viel bessere Möglichkeiten, zu sehen, ob die staatlichen Mittel vernünftig ausgegeben werden.

## «Wieder Bürger werden»

Natürlich wohnen hierzulande nicht nur Unschuldengel – auch bei uns gibt es Steuerhinterziehung. Wesentlich ist jedoch, dass nur wenige Personen an die Grenze ihrer Möglichkeiten gehen und beispielsweise auch private Ausgaben als Kosten geltend machen. In Deutschland wird hingegen alles abgezogen, was geht, und oft wesentlich mehr. Der Grund dafür liegt im anderen Verhältnis der Bürger und Bürgerinnen zum Staat. In Deutschland, noch mehr in Italien und anderen Ländern wird der Staat vor allem als Zwangsinstitution wahrgenommen; in der Schweiz hingegen besteht die Auffassung: «Wir selbst sind der Staat.» Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk schliesst sich dieser Meinung an. Er fordert für Deutschland: «Aus Steueruntertanen müssen wieder Bürger werden.» Für die Schweiz ist entscheidend, dass die beachtliche Steuermoral nicht durch Bürokratismus und Verschwendung zerstört wird. Dies lässt sich verhindern, wenn zwei entscheidende Komponenten verstärkt und nicht zerstört werden: Die direkte Demokratie ist weiter auszubauen, und der Föderalismus sollte gerade auf kommunaler Ebene erhalten bleiben. Diese beiden Elemente erweisen sich gerade nicht als fortschrittsfeindlich (wie fälschlicherweise oft behauptet wird); sie entsprechen vielmehr einem fortschrittlichen Staatswesen des 21. Jahrhunderts.



Bruno S. Frey

ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Zürich.